

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Geheimabkommen

Der japanische Regierungschef Yasuhiro Nakasone hat am Montag nachdrücklich bestritten, dass die USA aufgrund eines Geheimabkommens aus den sechziger Jahren Atomwaffen nach Japan bringen dürften. Vor Journalisten sagte er in Tokio: «Es gibt kein geheimes Abkommen.» Die Gerüchte waren am Wochenende aus kommunistischen japanischen Quellen aufgestiegen. Im amerikanischen Nationalarchiv sei ein Dokument gefunden worden, das ein solches Geheimabkommen aus dem Jahre 1966 beweise.

Wirtschaftliche Öffnung

Während eines Gesprächs mit dem deutschen Aussenminister Hans-Dietrich Genscher hat der chinesische Staatsrat Zhang Jingfu am Montag in Bonn die Fortsetzung der chinesischen Politik der wirtschaftlichen Öffnung bekräftigt. Zhang hatte die internationale Industriemesse besucht. Dasselbe tat am Montag Deng Xiaoping gegenüber dem schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson. Dieser hält sich zu einem einwöchigen Besuch in Peking auf.

Streikwelle in Spanien

Die Streikwelle in Spanien reisst nicht ab. Die kommunistische Gewerkschaft «Arbeiterkommissionen» hat für die laufende Woche zahlreiche Streiks und Kundgebungen angekündigt. Sie rechnet mit einer Beteiligung von etwa einer Million Arbeitnehmern. Protestiert wird gegen die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung Gonzalez.

18 Bombendrohungen

Die nordirische Polizei hat am Montag 18 Bombendrohungen erhalten. Im Westteil Belfast explodierte ein Sprengsatz. Die Untersuchungen der Polizei haben ein Verkehrschaos ausgelöst.

Vollamtliche Anstellung des Balzner Vorstehers

Nach den Gemeinden Vaduz, Schaan und zuletzt Triesenberg stellt nun auch die Gemeinde Balzers ihren Vorsteher vollamtlich ein. Im soeben veröffentlichten Balzner Gemeinderatsprotokoll vom 17. März heisst es dazu unter dem Traktandum «Dienstverhältnis Gemeindevorsteher»: «In der FOP-Kommission wurde das Dienstverhältnis des Gemeindevorstehers diskutiert. Sie kam einhellig zur Auffassung, dass eine Gemeinde von unserer Grösse einen vollamtlichen Gemeindevorsteher haben sollte. Folgende Gründe sprechen dafür: Den ganzen Tag präsent, innerbetrieblich während der üblichen Arbeitszeit erreichbar, das Recht auf Freizeit für den Betroffenen selber. Die FOP-Kommission beantragt dem Gemeinderat um vollamtliche Einstellung des Gemeindevorstehers.» Bei Austritt des Gemeindevorstehers beschloss der Gemeinderat hierauf einstimmig die vollamtliche Einstellung des Vorstehers.

Wegen Renovation

bleibt das Geschäft am **Donnerstag, 9. April, geschlossen!**

Woll-Aktion

Fr. 2.50 statt Fr. 4.90

Wollen Hilti, 9494 Schaan
Lindenplatz 7

Die BIL will stark im In- und Ausland bleiben

Jahrespressekonferenz der Bank in Liechtenstein AG (BIL) – Neues Händlerzentrum in Betrieb

Die Bank in Liechtenstein AG weist für das Geschäftsjahr 1986 eine Bilanzsumme von 4,1 Milliarden Franken (im Vorjahr 3,7 Milliarden Franken) und für die internationale BIL-Gruppe eine solche von 4,6 Milliarden Franken (4,1 Milliarden Franken), konsolidiert, aus. Die eigenen Mittel der Bank betragen nach den erfolgten Kapitalerhöhungen 572 Millionen Franken (232 Millionen Franken). Die Kundeneinlagen beziffern sich auf etwas mehr als 3 Milliarden Franken (2,9 Milliarden Franken). Trotz ihres vielseitigen und erfolgreichen internationalen Engagements versteht sich die BIL aber nach wie vor insbesondere auch als Bank für Liechtenstein und als Partnerin der liechtensteinischen Wirtschaft im In- und Ausland.

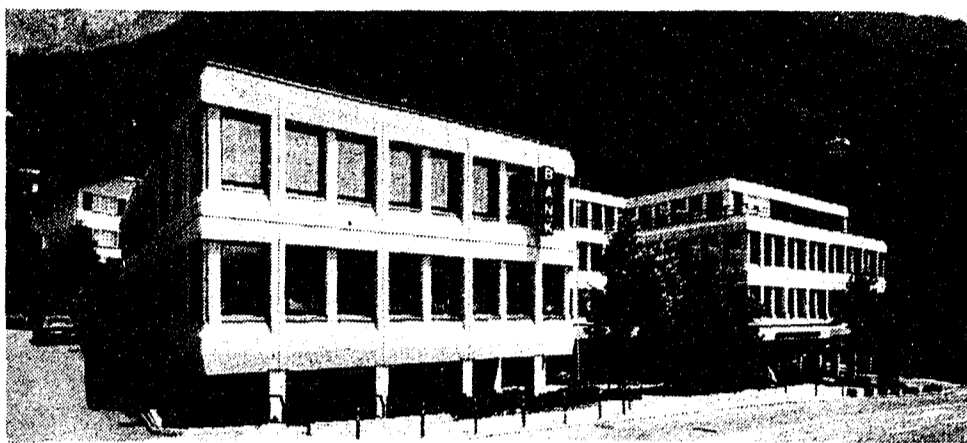
Der Präsident des BIL-Verwaltungsrates, Christian Norgren, hob diese Zielsetzung anlässlich der Jahrespressekonferenz der Bank in Liechtenstein AG gestern in Vaduz hervor. Die BIL habe in den letzten Jahren eine ähnliche Entwicklung durchgemacht, wie die liechtensteinische Industrie, die mit eigenen Verkaufsorganisationen und Produktionsstätten auf den Märkten der Welt präsent sei. Die internationale Präsenz der BIL, die naturgemäss mit einer Stärkung der Position im Inland einhergehe, erlaubt es der BIL nach Meinung von Christian Norgren, den gestiegenen Ansprüchen der einheimischen und der internationalen Kundschaft noch besser und effizienter gerecht zu werden als bisher.

1986 war nach seinen Ausführungen ein bewegtes Jahr, was sich insbesondere durch die Publikumsöffnung durch die Herausgabe von Partizipationscheinen ergeben habe, die an der Vorbörse kotiert sind, während die Kotierung an der Hauptbörse in Vorbereitung steht.

Die Stellung der BIL im Ausland ist nach seinen Worten mit der Gründung einer Filiale der Bilfinanz und Verwaltung AG (Zürich) in Genf, der Erweiterung der BIL-Management in New York, der Etablierung einer Repräsentanz in Hongkong sowie der Vorbereitung der Akquisition der englischen Brokerfirma Vivian, Gray und Company weiter ausgebaut worden.

Reingewinn um 35 Prozent gesteigert

Der Direktionsvorsitzende der BIL, Dr. Egmond Frommelt, unterstrich in seinen Ausführungen über den Geschäftsverlauf, dass die BIL bei einem durchschnittlichen Wachstum der Bilanzsumme um 11,2 Prozent ihren Reingewinn um rund 35 Prozent auf 35 Millio-



Die Bank in Liechtenstein (BIL) stellte sich an der Jahrespressekonferenz gestern als «Partnerin im In- und Ausland» vor. Anfangs Mai soll ein neues Händlerzentrum von internationalem Zuschnitt in Betrieb genommen werden, um noch schneller Marktinformationen für die Kundschaft zu erhalten.

nen Franken habe steigern können. Dies entspreche der Geschäftspolitik der Bank, die weniger auf eine Steigerung des Volumens der Bilanzsumme, sondern mehr auf die Ertragsrechnung ausgerichtet sei.

Kapitalerhöhungen und Öffnung für das Publikum

BIL-Direktor Remo Hediger, Projektleiter der jüngsten Kapitalerhöhungsmassnahmen, legte die Zusammensetzung der ausgewiesenen Eigenmittel der BIL dar, die seit dem 1. Januar 1986 per Ende März 1987 um 232 Millionen auf 572 Millionen Franken angestiegen sind. Die Zunahme resultiert mit 70 Millionen Franken aus der Aktienkapitalerhöhung 1986, mit 59,6 Millionen Franken nominal, aus dem neugeschaffenen PS-Kapital und mit 201 Millionen Franken, aus Agio sowie 9,5 Millionen Franken aus Dotierung der offenen Reserven aus dem Gewinn des Geschäftsjahres 1986. Das Aktienkapital befindet sich weiterhin zu 99,7 Prozent in den Händen der Fürst von Liechtenstein-Stiftung.

Bank für Liechtenstein

Die Bank in Liechtenstein will auch im 67. Jahre ihres Bestehens und nach dem verstärkten Vorstoss in den internationalen Raum eine Bank für Liechtenstein und die liechtensteinische Wirtschaft bleiben. So weist sie heute einen Anteil von 51,2 Prozent der von den drei liechtensteinischen Banken ausgewiesenen Ausleihungen an Kunden aus und betreut 35,6 Prozent der Kundeneinlagen im Verhältnis zur Landesbank und zur VPB.

BIL-Direktor Hermann Wille gab im Rahmen der Jahrespressekonferenz («Die BIL als Partnerin der liechtensteinischen Wirtschaft») ausserdem interes-

sante Zahlen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der BIL für Liechtenstein bekannt. Die BIL und ihre Tochtergesellschaften beschäftigen in Liechtenstein selbst derzeit 362 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Personalaufwand der Bank im Inland betrug 1986 total 26,7 Millionen Franken.

Auch als Steuerträger nimmt die BIL einen vordersten Rang bei den einheimischen Wirtschaftsunternehmungen ein. 1986 entrichtete die Bank allein an direkten Kapital- und Ertragssteuern 4,2 Millionen Franken. Das gesamte Steueraufkommen (direkte und indirekte Steuern) belief sich 1986 auf rund 14,5 Millionen Franken. Allein für die Kapitalerhöhungen 1986/87 überwies die BIL der Staatskasse ca. 10 Millionen Franken.

Aus dem starken Engagement der BIL im Ausland leitet auch Direktor Hermann Wille eine direkte Wechselwirkung auf das Inlandsgeschäft sowie neue und attraktive Chancen für die einheimische Kundschaft ab.

Verbindung Banken und Industrie

Einen neuen Weg beschritt die BIL an ihrer Jahrespressekonferenz mit dem Einbezug eines Industrieunternehmens in die Information. Um zu dokumentieren, dass die Banken einen Teil der Gesamtwirtschaft des Landes sind, will die BIL in Zukunft ihre Jahrespressekonferenz jeweils mit dem gleichzeitigen Besuch eines Industrie- oder Gewerbeunternehmens kombinieren. Gestern hatten die Pressevertreter nun die Gelegenheit zu einem Besuch in der Hilcona AG, einem führenden Unternehmen der Lebensmittelbranche im schweizerisch-liechtensteinischen Wirtschaftsraum.

Wenig Rot in Hessens neuer politischer Landkarte

Zum Patt fehlten der SPD nur 2954 Stimmen – Nur 26 SPD-Direktmandate

Wiesbaden (AP) Hektik, Fassungslosigkeit und freudige Überraschung herrschten am Wahlabend bei den hessischen Parteien. Am Tag danach aber wichen die Emotionen und gaben den Blick frei auf ein Ergebnis, das das Land verändert hat wie keine Landtagswahl zuvor. Erst jetzt wurde allen Parteien richtig bewusst, welch einen Erdstuss die vorgezogene Neuwahl gebracht hat. «Ich kann's noch gar nicht fassen», war gegen Mitternacht noch aus dem Lager der Siegerparteien CDU und FDP zu vernehmen. Am Montag morgen bekannte FDP-Sprecher Frank Methlow: «Ich bin jetzt in der Realisationsphase.»

Die politische Landkarte Hessens wird jetzt nicht mehr von rot geprägt, wie dies nach der letzten Wahl vom September 1983 der Fall war. Die SPD-Verluste in Höhe von sechs Prozent, die den Sozialdemokraten mit 40,2 Prozent das schlechteste Resultat der Nachkriegsgeschichte einbrachten, lassen nur ahnen, welche Verschiebungen sich bei der ersten Abstimmung über ein rot-grünes Regierungsbündnis vollzogen hatten. Erst der

Blick auf die Wahlkreise offenbart das wahre Debakel der bisherigen Regierungspartei. 1983 hatte die SPD 42 der 55 Direktmandate gewonnen, jetzt sind es nur noch 26. Die CDU, die landesweit von 39,4 auf 42,1 Prozent zulegte und stärkste politische Kraft wurde, errang statt bisher 13 am Sonntag 29 Direktmandate.

Auch Minister wurden von dem für die SPD negativen Trend nicht verschont: Landwirtschaftsminister Willi Görlich, Sozialminister Armin Clauss und Wissenschaftsministerin Vera Rüdiger verloren ihre Direktmandate, kehren aber über die Landesliste in den Landtag zurück. Auch Innenminister Horst Winterstein und Wirtschaftsminister Ulrich Steger bemühten sich vergeblich um ein Direktmandat. Das Spitzenergebnis für die hessische SPD erreichte Justizminister Herbert Günther im Landkreis Kassel mit 55,7 Prozent. Bitter fiel für den SPD-Spitzenkandidaten Hans Krollmann das Ergebnis aus. Er verlor in seinem Wahlkreis in der Stadt Kassel mit 6,6 Prozent überdurchschnittlich viel, konnte sich

aber mit 39,2 Prozent noch knapp vor dem CDU-Bewerber behaupten. Kultusminister Karl Schneider verteidigte ebenfalls sein Direktmandat im Wahlkreis Darmstadt-Dieburg.

2954 Stimmen fehlten der SPD

Insgesamt gesehen beträgt der Vorsprung des CDU/FDP-Lagers vor SPD und Grünen allerdings nur 10.715 abgegebene Stimmen. Und der SPD fehlten nur 2.954 Stimmen zu einem 45. Mandat und damit einem parlamentarischen Patt von 55 zu 55 Sitzen im Wiesbadener Landtag.

Doch nach der Wahl richtet sich nun in Hessen der Blick nach vorn. 56 Mandate und damit exakt die absolute Mehrheit werden allgemein als ausreichend stabile Grundlage für die CDU/FDP-Koalition angesehen. Nach 40 Jahren vergeblichen Anrennens ist nicht davon auszugehen, dass innerhalb der CDU Abgeordnete bewusst gegen Walter Wallmann stimmen werden, wenn er sich im Landtag zur Wahl stellt.

KOMMENTAR

Die schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können künftig bei Vorliegen von Volksinitiative und Gegenvorschlag zweimal mit Ja stimmen, was die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen – wie bei uns – verhinderten. Das Stimmvolk in der Schweiz hat sich, trotz intensiver Werbekampagne für ein Nein in die Urne in der hiesigen Regierungszeitung, mit überraschender Deutlichkeit für die Einführung des «Doppelten Ja» ausgesprochen. Auf Bundesebene gilt nun künf-

Sogwirkung?

tig, was bereits in sechzehn Kantonen in verschiedenen Variationen möglich ist.

Auch in unserem Land steht das «Doppelte Ja» zur Diskussion. Einmal aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses der FDP-Fraktion, zum anderen durch die Volksinitiative der «Freien Liste». Beide Vorlagen, die zwar das gleiche Ziel anvisieren, aber im Detail eine andere Vorgehensweise bei der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses fordern, sollen nun auf ihre Verfassungsmässigkeit vom Staatsgerichtshof untersucht werden. Diese Abklärung dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen, doch ist nicht ausgeschlossen, dass die Stimmbürger noch in diesem Jahr an die Urnen gerufen werden.

Eine Änderung des Abstimmungsverfahrens drängt sich in unserem Land noch mehr als in der Schweiz auf, denn mit der Lancierung einer zweiten Volksinitiative kann bei der bestehenden politischen Konstellation in unserem Land jede Änderung verhindert werden. Die Vaterländische Union (VU) hat dies im Falle der Mandatszahlerhöhung und bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf eindrückliche Weise vordemonstriert.

Es ist zu hoffen, dass das Abstimmungsergebnis in der Schweiz auch für uns eine gewisse Sogwirkung ausübt. (G. M.)

Flugzeugabschuss des Iran

Nikosia (AP) Im iranisch-irakischen Krieg hat Iran am Montag den Abschuss von zwei irakischen Kampfflugzeugen gemeldet. Die amtliche Nachrichtenagentur IRNA berichtete, die Maschinen hätten versucht, Erdölanlagen Irans im Persischen Golf anzugreifen, und seien dabei von der iranischen Luftabwehr abgeschossen worden.

Tags zuvor war von irakischer Seite gemeldet worden, irakische Flugzeuge hätten ein «grosses Seeziel» im Golf angegriffen und getroffen. Von Schiffsfahrkreisen in Manama und von Lloyds in London wurde am Montag bestätigt, dass im Norden des Golfs bei einem irakischen Luftangriff ein Tankschiff in Brand geschossen worden sei. Bei dem Schiff soll es sich um die unter zyprischer Flagge fahrende 118460 BRT grosse «Polikon» handeln, die von Iran zum Erdöltransport von der häufig angegriffenen Ölverladeinsel Chark eingesetzt wurde. Über mögliche Opfer an Bord des Tankers wurde nichts bekannt.

Töpfer wird neuer Bundesumweltminister

Bonn (AP) Der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) wird neuer Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als Nachfolger von Walter Wallmann, der nach dem Wahlerfolg von CDU und FDP in Hessen Ministerpräsident in Wiesbaden wird. Bundeskanzler Helmut Kohl kündigte am Montag vor Journalisten in Bonn an, Töpfer solle in der nächsten Sitzungswoche des Bundestages, die am 4. Mai beginnt, ernannt und vereidigt werden.

Töpfer ist in Waldenburg in Schlesien geboren und 48 Jahre alt. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Mainz, Frankfurt und Münster. Von 1971 bis 1978 leitete er die Planungsabteilung der Staatskanzlei des Saarlandes.